



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

zu 10.1 **Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung**
Vorlage: VII/2023/05328

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Betriebssatzung wird wie folgt ergänzt:

§ 8 Aufgaben des Betriebsausschusses

(4)

Der Betriebsausschuss entscheidet insbesondere:

(g) über die Vergabe von Aufträgen entsprechend der

(1) VOB, soweit deren Wert mindestens 150.000 Euro beträgt und 1.000.000 Euro nicht übersteigt,

(2) VOL, soweit deren Wert mindestens 40.000 Euro beträgt und 250.000 Euro nicht übersteigt,

(3) Planungsleistungen inklusive VOF, soweit deren Wert mindestens 100.000 Euro beträgt und 500.000 Euro nicht übersteigt;

§ 9 Aufgaben des Stadtrates

(2) Der Stadtrat kann insbesondere die Beschlussfassung über die folgenden Angelegenheiten nicht übertragen:



(k) die Vergabe von Aufträgen entsprechend der

(1) VOB, soweit deren Wert 1.000.000 Euro übersteigt,

(2) VOL, soweit deren Wert 250.000 Euro übersteigt,

(3) Planungsleistungen einschließlich VOF, soweit deren Wert 500.000 Euro übersteigt;

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.2 Antrag der CDU-Fraktion zu öffentlichen Stellplätzen für die Innenstadt
Vorlage: VII/2023/05329**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
sowie
durch GOA des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung legt jährlich einen Bericht zu öffentlichen Stellplätzen in der Innenstadt vor. Dieser umfasst Anzahl und Lage der Stellflächen für PKW, Nutzfahrzeuge und Fahrräder (Fahrradbügel).
2. Die Stadtverwaltung erstellt eine Prognose über die zu erwartende künftige Gesamtstellplatzentwicklung in der Innenstadt unter Berücksichtigung der aktuell in Umsetzung befindlichen Maßnahmen sowie beruhend auf solchen Konzepten, Maßnahmen und Vorhaben, deren Umsetzung für die nächsten 5 Jahre angedacht sind und Auswirkungen auf die innerstädtische Stellplatzsituation haben werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

zu 10.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion zu öffentlichen Stellplätzen für die Innenstadt (VII/2023/05329)**
Vorlage: VII/2023/05422

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
sowie
durch GOA des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

3. Die Stadtverwaltung legt jährlich einen Bericht zu öffentlichen Stellplätzen in der ~~Innenstadt~~ **Altstadt** vor. Dieser ~~umfasst~~ **beinhaltet** Anzahl und Lage der **öffentlich nutzbaren** Stellflächen für PKW (**incl. Tiefgaragen und Parkhäuser in der Altstadt und in bis zu 300 m Entfernung zur Altstadt**), ~~Nutzfahrzeuge~~ **Fahrzeuge für Lieferanten, Handwerker und Pflegedienste** und Fahrräder (Fahrradbügel). **Ergänzt wird der Bericht durch eine Bestandsaufnahme der Sitzbänke im öffentlichen Raum.**
4. Die Stadtverwaltung erstellt eine Prognose über die zu erwartende künftige ~~Gesamtstellplatzentwicklung~~ **Parkplatz-, Fahrradabstell-, und Sitzplatzsituation** in der ~~Innenstadt~~ **Altstadt** unter Berücksichtigung der aktuell in Umsetzung befindlichen Maßnahmen sowie beruhend auf solchen Konzepten, Maßnahmen und Vorhaben, deren Umsetzung für die nächsten 5 Jahre angedacht sind und Auswirkungen auf die innerstädtische **Parkplatz-, Fahrradabstell-, und Sitzplatzsituation** haben werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.3 Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05353**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Jugendhilfeausschuss
und
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
sowie
durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle
in den
Bildungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- 1) Der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv zur schnellstmöglichen Problemlösung einzusetzen.
- 2) Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungseinheiten zu intensivieren und den Austausch mit Landes- und Bundesbehörden sowie gesellschaftlichen Akteuren (insbesondere in den Bereichen der Prävention und Opferbetreuung) zu verbessern.
- 3) In Zusammenarbeit mit der Polizei den öffentlichen Raum zu befrieden (insbesondere betroffene Schulwege) und dabei die Hinzuziehung von privaten Sicherheitsdiensten zu prüfen sowie gegenüber der Polizei die Einrichtung weiterer Waffenverbotszonen einzufordern.



- 4) Die verfügbaren Mittel für die Jugendhilfe und die Prävention zielgerichteter in Projekte gegen Jugendkriminalität einzusetzen.
- 5) Sportvereine mit besonders hohem Anteil hilfebedürftiger Jugendlicher stärker als wirksames Instrument der Jugendhilfe zu fördern.
- 6) Bei der Planung der Schul- und Kita-Sozialarbeit Schwerpunkte zu setzen, um Einrichtungen zu unterstützen, in denen sich Fälle von Jugendkriminalität häufen.
- 7) Eine zentrale Anlaufstelle für zum Opfer gewordene Jugendliche und deren Eltern einzurichten.
- 8) Den Stadtrat und die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent darüber zu informieren, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Jugendkriminalität in Halle (Saale) einzudämmen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

zu 10.3.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität**
Vorlage: VII/2023/05451

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Jugendhilfeausschuss
und
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
sowie
durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle
in den
Bildungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- 1) Der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv zur schnellstmöglichen Problemlösung einzusetzen.
- ~~2) Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungseinheiten zu intensivieren und den Austausch mit Landes- und Bundesbehörden sowie gesellschaftlichen Akteuren (insbesondere in den Bereichen der Prävention und Opferbetreuung) zu verbessern.~~



- 2) **Sich beim Land für die Einrichtung einer Stelle einzusetzen, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, der Fachbereich Sicherheit und gesellschaftliche Akteure aus dem Bereich der Prävention und Opferbetreuung koordinierter zusammenarbeiten. Ebenso sollen dabei Jugendstrafrichter:innen unter Wahrung ihrer Neutralität bestmöglich eingebunden werden. Die Einrichtung einer solchen Koordinierungs- und Kooperationsstelle erfolgt dabei nicht zwangsläufig durch eine räumliche Zusammenlegung der einzelnen Organisationseinheiten. Vielmehr soll durch verbindliche Verfahrensabsprachen zur Koordination und Zusammenarbeit der Beteiligten eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden, beispielsweise durch die Entwicklung gemeinsamer Arbeitsabläufe und der Etablierung digitaler Prozesse.**
- 3) **In Zusammenarbeit des Fachbereichs Sicherheit mit der Polizei den öffentlichen Raum zu befrieden vermehrt zu bestreifen (insbesondere betroffene Schulwege) und dabei die Hinzuziehung von privaten Sicherheitsdiensten zu prüfen sowie gegenüber der Polizei die Einrichtung weiterer Waffenverbotszonen einzufordern. In den Schwerpunktstadtteilen werden Quartiersbüros des Fachbereichs Sicherheit eingerichtet, die als Präsenz- und Anlaufpunkte dienen.**
- 4) **Die verfügbaren Mittel für die Jugendhilfe und die Prävention zielgerichteter in Projekte gegen Jugendkriminalität einzusetzen. Die Förderungsvergabe orientiert sich dabei an bewährten Best-Practice-Beispielen.**
- ~~5) Sportvereine mit besonders hohem Anteil hilfebedürftiger Jugendlicher stärker als wirksames Instrument der Jugendhilfe zu fördern.~~
- 5) **Es wird geprüft, ob und inwieweit Vereine und Projekte, die aus freien Mitteln gefördert werden, erhöhte Förderungen erhalten können, wenn deren konzeptionelle Ausrichtung zusätzlich auch auf die Bekämpfung von Jugendkriminalität gerichtet ist.**
- 6) Bei der Planung der Schul- und Kita-Sozialarbeit Schwerpunkte zu setzen, um Einrichtungen zu unterstützen, in denen sich Fälle von Jugendkriminalität häufen.
- 7) **Eine zentrale Anlaufstelle für zum Opfer gewordene Jugendliche und deren Eltern bei einer geeigneten Stelle der Verwaltung einzurichten, die passende Hilfs- und Unterstützungsangebote vermittelt.**
- 8) **Den Stadtrat Jugendhilfeausschuss und die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent darüber zu informieren, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Jugendkriminalität in Halle (Saale) einzudämmen.**

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.4 Antrag der CDU-Fraktion für eine Präventionskampagne für Jugendliche und junge Erwachsene über die gesundheitlichen Gefahren von E-Zigaretten
Vorlage: VII/2023/05365**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, gemeinsam mit geeigneten Partnern, mit der Erarbeitung einer Öffentlichkeitskampagne zum Schutz der öffentlichen Gesundheit in der Stadt mit dem Ziel der Aufklärung vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen über das

1. Suchtpotential und
 2. das Vorhandensein von Gesundheitsschädigenden und zum Teil krebserregenden Substanzen
- im Rauch von sogenannten E-Zigaretten aufzuklären.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VII/2023/05334**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Bildungsausschuss
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern sie eine Informationskampagne für Schüler ab 15 Jahre und deren Elternhäuser über das Programm „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk! Und erhöh‘ dein Taschengeld!“ unterstützen kann.

Bestandteil der Informationskampagne sollten insbesondere folgende Punkte sein:

1. Voraussetzungen für ein Praktikum, Ansprechpartner bei der Handwerkskammer, insbesondere der Ausbildungsberater dort, und die Obliegenheiten zur Geltendmachung der Praktikumsprämie sollen informell bekannt gemacht werden.
2. Die Stadtverwaltung wirbt bei den städtischen Unternehmen um aktive Beteiligung und Bereitstellung entsprechender Praktikumsplätze.
3. Im Bildungsbeirat wird durch die Stadtverwaltung für das Programm geworben und um Unterstützung der Informationskampagne ersucht.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Vorlage eines Fortschrittsberichts zum Stand der Digitalisierung
Vorlage: VII/2023/05377**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

38 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat ab dem dritten Quartal 2023 mindestens einmal jährlich umfassend zum Umsetzungsstand von Digitalisierungsmaßnahmen und -projekten in allen Fachbereichen, Dienstleistungszentren und Eigenbetrieben. Dieser Fortschrittsbericht umfasst neben bereits abgeschlossenen und aktuell laufenden Maßnahmen auch im jeweils folgenden Jahr geplante Maßnahmen inkl. derer finanzieller Untersetzung.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Änderung der
Verfahrensweise bei der Information über vorliegende Vorkaufsrechte
Vorlage: VII/2023/05378**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschluss:

Bei der Erstellung der Informationsvorlage „Wahrnehmung des Vorkaufsrechts der Stadt Halle (Saale) bei Grundstücksverkäufen Dritter“ beschränkt sich die Darstellung zukünftig auf Gebäude und unbebaute Grundstücke. Auf die Darstellung von Grundstücksverkäufen einen Miteigentumsanteil betreffend wird ab sofort verzichtet.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.8 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2023/05379**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

42 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Herr Sascha Steinert wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.9 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum freien Eintritt für ehrenamtliche Rettungskräfte in städtische Schwimmhallen
Vorlage: VII/2023/05173**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Bäder Halle GmbH sicherzustellen, dass ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, der Rettungsdienste und des Technischen Hilfswerks freier Eintritt zu den Schwimmhallen Halle-Neustadt, Saline, Stadtbad und in der Robert-Koch-Straße während des öffentlichen Schwimmens gewährleistet wird.

Als Nachweis der Berechtigung zum freien Eintritt gilt der jeweilige Dienstaussweis der ehrenamtlichen Rettungskräfte.

Der Stadtrat wird im Juni über die Umsetzung des Beschlusses informiert.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

zu 10.10 Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur integrationsfreundlichen Umorganisation von Schulen Vorlage: VII/2023/05336

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Beschlussvorlage vorzubereiten, welche die Schulbezirke an den Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt nach § 41 Abs. 1a SchulG LSA aufhebt und die notwendige Genehmigung einzuholen. Die Beschlussvorlage ist dem Stadtrat spätestens im September 2023 vorzulegen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt auszuarbeiten, welche Faktoren im Rahmen eines Verfahrens nach § 41 Abs. 2a SchulG LSA zulässig und geeignet sind, um die Verteilung von Schülern mit Förder- oder Integrationsbedarf an weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle gleichmäßig innerhalb der jeweiligen Schulform zu verteilen. Der Bedarf kann neben der Förderung und Inklusion von körper- und geistig behinderten Schülern unter anderem auch bei der Integration von Schülern mit Migrationshintergrund vorliegen. Ein Ergebnis ist dem Stadtrat spätestens im September 2023 vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

zu 10.10.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur integrationsfreundlichen Umorganisation von Schulen (VII/2023/05336)
Vorlage: VII/2023/05457**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 des Antrages wird geändert und erhält folgende Fassung:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt auszuarbeiten, welche Faktoren im Rahmen eines Verfahrens nach § 41 Abs. 2a SchulG LSA zulässig und geeignet sind, um die Verteilung von Schülern mit Förder- oder Integrationsbedarf an weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle gleichmäßig innerhalb der jeweiligen Schulform zu verteilen. Der Bedarf kann neben der Förderung und Inklusion von körper- und geistig behinderten Schülern unter anderem auch bei der Integration von Schülern ~~mit Migrationshintergrund~~ **mit unzureichender Kompetenz in der Sprache Deutsch** vorliegen. Ein Ergebnis ist dem Stadtrat spätestens im September 2023 vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.11 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Graffitiwänden, insbesondere im Gebiet von Halle Neustadt
Vorlage: VII/2023/05337**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA des Oberbürgermeisters
in den
Jugendhilfeausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, im Stadtgebiet und insbesondere im Gebiet Halle-Neustadt Gebäudewände oder Ähnliches auszuweisen, an denen Jugendliche und junge Erwachsene legal sprayen können. Für die ausgewiesenen Graffitiwände sollen Umgangs- und Verhaltensregeln durch die Stadtverwaltung entwickelt werden.

Die Orte sollten regelmäßig von Streetworkern begangen werden, um niedrigschwellig einen Kontakt zu den Jugendlichen herstellen zu können. Denkbar wäre dabei eine Kooperation mit Jugendclubs in Halle. Die Graffitis sollen regelmäßig gereinigt, oder weiß übermalt werden.

Akteure und Multiplikatoren sind durch die Stadtverwaltung auf die zur Verfügung gestellten Graffitiwände aufmerksam zu machen, damit ihr Bekanntheitsgrad schnell gesteigert wird.

Durch eine Verlagerung illegaler Graffitis hin zu den ausgewiesenen Gebäudewänden, ist davon auszugehen, dass dadurch Reinigungskosten für illegale Graffitis zurückgehen. Insofern ist die Maßnahme kostenneutral.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2023/05415**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

40 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Herr Niklas Ufer scheidet als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss aus. Herr Arian Werner wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

30.03.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.03.2023:

**zu 10.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung im Beirat der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VII/2023/05418**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

41 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Herr Niklas Ufer scheidet aus dem Beirat der Bäder Halle GmbH aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Anja Krimmling-Schoeffler in den Beirat der Bäder Halle GmbH.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer